

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Betrieben, Gewerbeien, Wäldern und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Gewerbe- und Wöhlerarbeiter und verwandter Betriebsgruppen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis: vierteljährlich 2 Mark, unter Gewerbe 12 Mark
Eingetragen in die Postzeitungszettel. Redaktionssitz: Montag 11.30 Uhr

Verleger und Herausgeber: Dr. Krieg, Berlin-Cöllnberg
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Stadtstrasse 6
Druck: Darmstadt Buchdrucker Paul Giese & Co., Berlin-Schöneberg

Inserationspreis:
Für Interate alle: für die feingeschaffene Kolonialzeitung 2 Mark,
für Todesanzeigen und Arbeitsmarkt: Zeile 1,50 Mark

Kapitalistische Prophezeiungen.

Von Dr. Oskar Stülich.

Zukunftsfragen haben von jeher einen großen Platz auf die Menschen ausgeübt. Die Frage, wie sich in den nächsten Jahren das wirtschaftliche Leben in Deutschland gestalten wird, ist eine Frage, die sich nicht allein mit Hilfe des gesunden Menschenverstandes beantworten lässt. So allgemein aber auch das Urteil gehalten sein mag, immer ist eine Summe nationalökonomischen Wissens notwendig. Soviel Kenntnisse auf anderen Gebieten auch das heutige deutsche Unternehmertum aufweisen mag, seine Kenntnisse auf nationalökonomischem Gebiete sind beschämend gering. Dieser Mangel nötigt zur Vorsicht gegenüber allen Urteilen, die von dieser Seite über unsere Zukunft vorgebracht werden.

In herausragendem Maße ist unsere Wirtschaft von den Bedingungen des Friedensvertrages abhängig. Es ist allgemein bekannt, daß die ganze Unternehmerpresse die Ansicht von der Unverfügbarkeit dieses Vertrages vertreibt, von der Versklavung Deutschlands, dem Ruin seiner Wirtschaft spricht und wie diese Phrasen alle heißen. Es wird also ein Bild grau in grau gemacht. Der Zweck dieser pessimistischen Beurteilung unserer wirtschaftlichen Zukunft ist zu durchsichtig, als daß sie hier besonders entdeckt zu werden brauchte.

Wie vorsichtig man bei der Einschätzung und Wertung solcher Urteile sein muß, selbst wenn sie von herausragenden Leitern kapitalistischer Unternehmungen stammen, lehrt die Urteile, die während des Krieges von dieser Seite laut wurden. Es wird noch in Erinnerung sein, daß das ganze deutsche Unternehmertum die Auffassung vertrat, daß nach dem Kriege eine Hochkonjunktur über Deutschland kommen und das Ende des Krieges der Beginn einer wirtschaftlichen Blütezeit sein werde.*). Hermann Hecht als Vertreter eines großen Berliner Export- und Kommissionsfirms (Hecht, Pfeiffer u. Co.), sicherlich ein wichtiger Geschäftsmann, begann damals einen Artikel im „Berliner Tageblatt“ (vom 1. Oktober 1915) folgendermaßen:

„Benu der Sieg über unsere Feinde erfochten und ihnen der Friede diktiert sein wird, wird ein Aufschwung in Deutschland eintreten, wie ihn die Welt noch niemals erlebt... Der Gütertausch wird einen Umsatz annehmen, wie nie zuvor.“

Das war keine vereinzelt bestehende Meinung, sondern Gesamtüberzeugung der Unternehmer aller Wirtschaftswege. Bergrot Göthein, der sicherlich nicht wegen seiner Einsicht in kommende Dinge später Reichsminister wurde, führte dann diesen ungeheuren Irrtum in der Zeitschrift des Handelsvertragsvereins („Deutscher Außenhandel“ vom 20. Mai 1915) für eine große Zahl von Industrien konsequent durch:

„Nach dem Frieden werde der Kohlenbedarf infolge der industriellen Tätigkeit steigen. Die Eisenindustrie wird stark beschäftigt sein; denn der Bau von Seedampfern für Handelszwecke müsse sofort einsetzen, einmal, weil die Schiffsvorfälle während des Krieges sehr groß waren, und dann, weil die hohen Frachten einen starken Anreiz für die Bauftigkeit geben. Diese starke Tätigkeit der Schiffbauindustrie werde eine große Nachfrage nach Großblechen, Eisen, Trägern und Schmiedestücken zur Folge haben. Der Wiederaufbau der zerstörten Gegenden müsse in dem gleichen Sinne wirken und eine gute Konjunktur für die Bauindustrie herauftreten. Aus der Notwendigkeit, rasch zu bauen, wird vor allem der Beton- und Eisenbetonbau Nutzen ziehen. Durch die Bauftigkeit aber würden wieder die Ziegel-, Holz- und Zementindustrie gefördert werden. Gegen der starken Nutzung des rollenden Materials werde auch der Eisenbahnbau wie der Automobilbau gleiche Zeit nach dem Kriege stark beschäftigt sein. Die Maschinen- und Elektroförtätigkeit, deren Fabrikationsprogramm während des Krieges vornehmlich in der Herstellung von Kriegsmaterial bestand, werde einen enormen Bedarf an Friedensartikeln vorfinden, der sich inzwischen angestaut hat.“ Von der chemischen Industrie, der Lederindustrie, der Bekleidungsindustrie und der Musikinstrumentenindustrie, der lithographischen und Kunstdrunderie behauptet er: „Die Welt hungert nach ihren Waren.“ Sind aber die obengenannten großen Industrien voll beschäftigt, dann kann es auch der Textil- und Bekleidungsindustrie, der Möbel-, Glas- und Porzellain-

industrie wie dem Handwerk nicht an Aufträgen fehlen. „Sie nehmen teil an der günstigen wirtschaftlichen Lage.“

So malte Goethe ein Bild, auf dem heller Sonnenchein liegt. Er schließt seinen Artikel mit den Worten: „Sicherlich kann, wenn der ersehnte Tag kommt, an dem die Glöckchen den Frieden einläuten, das deutsche Volk mit Ruhe und Zuversicht der Entwicklung seiner wirtschaftlichen Verhältnisse entgegensehen. Die Arbeit wird es ihm nicht fehlen und auch an ihrem Segen nicht.“

Ich habe damals diese irrtümliche Auffassung von der kommenden Konjunktur die Wiedererholungstheorie genannt. Ihre Grundlage bildete der Gedanke: Der Krieg hat zahllose Dinge zerstört und abgerichtet. Sie müssen wieder erzeugt werden. Infolgedessen werden die wirtschaftlichen Unternehmungen viel zu tun haben, und es wird daher eine Epoche ungeheuer geprägt von der Wirtschaftsleben die Folge sein. Warum ist das nun nicht so gekommen? Wo lag der Fehler der im vorhergehenden Kapitulierten Betrachtung? Es lag, um zunächst das Negative festzustellen, nicht darin, daß ihre Vorwürfung, Deutschland werde den Krieg gewinnen, nicht eingetroffen ist. Die Unternehmer, auch die geschicktesten, rechneten ja alle mit dem deutschen Sieg; aber auch wenn es so gekommen wäre wie sie hofften, würden sie wirtschaftlich unbedingt gehaftet haben. Sehen wir in den siegreichen Staaten heute nicht ganz ähnliche Erscheinungen wie bei uns: große Arbeitslosigkeit, schlechte Ration, Durstierbesiegeln der Geschäfte, unverkäufliche Waren usw. Hat der Krieg nicht eine Störung für die ganze Welt, nicht nur für die besiegten Länder zur Folge gehabt?

Niemals in der Weltgeschichte sind Kriege die unmittelbare Ursache wirtschaftlicher Auseinandersetzungen gewesen, wenn auch häufiger der Fall eingetreten ist, daß große Gewinnvermehrung beruhend auf Inflation, durch Beste (Kriegskontributionen) oder Rentenvermehrung, das Volk über die Situation hinwegtrügt und durch die Erhöhung oder Verminderung des Wirtschaftslebens mit einem trügerischen Schleier überzog. Der Einstand, mit welchen keine Arbeitslofen, keinen Wohnungsmangel, genügend Kosten, billige Preise usw. haben, wenn wir gefragt hätten, läßt sich durch nichts beweisen. Der Grund, warum die optimistische Auffassung sich nicht erfüllt, liegt darin, die die Wiedererholungstheorie vertreten, keine genügende nationalökonomische Einheit in das Wesen der Gesamtgemeinschaft brachten, daß sie damals noch nicht wußten, was doch schon geistiger Besitz der Kapitänen und einziger Volkswerte war, was aber heute Folge einer demonstratio ad oculos alle wissen, daß durch Kriege die Völker ärmer werden, daß das Verhältnis von Geld und Ware sich zumindesten der Ware verschobt, daß die Kaufkraft der Waren sich infolgedessen vermindert, so daß schon wegen dieser geringen Kaufkraft die Nachfrage sinkt und die Produktion infolgedessen keine Anregung erhält. Es kommt daher noch hinzu, daß die aus dem Kriege geborenen, in die Friedenswirtschaft hineinragenden Störungen der Wirtschaft den notwendigen Ausgleich erschweren, so daß heute Länder wie Amerika und Holland in ihren riesigen Vorräten festgestanden, während wir an dem Notwendigen Mangel leiden.

Waren die falschen Propheten aus den Reihen der Unternehmer während des Krieges etwas besser nationalökonomisch orientiert gewesen, dann hätten sie die kommende Wirtschaftslage anders gesehen. Die Arbeiterschaft wird darüber gut tun, sich zu merken und sich auch in der Gegenwart vor den Zukunftsschläuderungen in acht zu nehmen, die von dieser Seite kommen. Jetzt sind es die Darstellungen von der unverträglichen Belastung durch den Friedensvertrag, die das Wiedererstarken der deutschen Wirtschaft unmöglich machen sollen. Diese Auffassung gründet sich ebenso wie die frühere auf nationalökonomische Unwissenheit. Der tiefere Grund aber liegt in dem Wunsch, selbst möglichst wenig zu zahlen und die Hauptlast — mit Hilfe indirekter Steuern — auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Unternehmer gehen heute zweifellos ebenso in die Irre, wenn auch noch der entgegengesetzten Seite, wie während des Krieges, als sie die Hoffnung auf eine glänzende postbellum-Konjunktur vertraten, oder wie die, die das Kohlenabkommen von Spa für völlig unmöglich hielten und den Zusammenbruch der deutschen Industrie als Folge der Absicherung von 2 Millionen Tonnen Kohlen prophezeiten. Wenn demnächst dem Besitz neue Steuern auferlegt werden, die Besteuerung der sogenannten Goldwerte, wird der gleiche Tonz sich wiederholen: die Industrie wird ruiniert, die Steuern sind unerträglich, wir können sie nicht bezahlen. Schon jetzt erklären die Land-

wirte, daß die Einführung einer Reichshypothek auf einem Teil des Wertes ihrer Güter zum Zusammenbruch der Landwirtschaft führen müsse. Wenn Politik voraussehbar heißt, dann ist klar, daß diese Kreise eine schlechte Politik treiben und die Arbeiter gut tun werden, möglichst weit von diesen Prophezeiungen abzurücken. Sie werden alles darangehen müssen, daß die Reparationslast, die zunächst in einer neuen, im kommenden Herbst dem Kongress vorliegenden Steuerlast von etwa 50 Milliarden auftritt, dem Besitz aufgebürdet wird und nicht der schaffenden Arbeit.

Zur Verfassungsfrage.

Die Elbinger Kollegen stehen auf dem Standpunkt, daß die Verschmelzung mit den betreffenden Organisationen von Wichtigkeit wäre, dafür würden wohl bei der Vereinigung die Mitglieder es haben sein, vielleicht auch wegen der Beitragsentziehung, denn damit wäre wohl sowieso zu rechnen gewesen, was aber die Unterstützung ankündigt, so muß sich ein jeder sagen, daß wir durch die Verschmelzung einer Schaden erleiden, den wir so lange in unserem Verbande nicht gehabt haben. Es wird schwerer fallen, die häufigen Kollegen für die Verschmelzung zu bewegen. Wir fordern die Unterstützungsabsicht, wie sie bis jetzt in unserem Verbandsblatt gemeldet sind.

Elbing, den 1. August 1921. J. A. Ed. Meinken.

Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M.

— b. Die Akademie der Arbeit wurde bei ihrer Geburt fast von den gesamten Arbeiterpresse auf das freundlichste begrüßt. Aus den Zeitungsorten sprach die Anerkennung, daß nunmehr, drei Jahre nach der Revolution, der Wirkung gezeigt wurde, einzelnen in der Arbeiterschaft, auch wenn es zunächst nur wenige sein können, die Möglichkeit eröffneten wissenschaftlichen Studiums zu geben. Wünsche und Hoffnungen knüpften man daran, und an den Leidhaupten liegt es nun selbst, zu prüfen, ob diese Einrichtung das ist, was die Arbeiterschaft braucht.

Woher ist die Arbeitersakademie da? Sie soll den Arbeitern das geistige Wissenzeug liefern, dessen sie im wirtschaftlichen und politischen Kampf benötigen. Mit dem Streben der Arbeiterschaft nach mehr Einfluss auf Wirtschaft und Politik erreichten dieser größere Aufgaben. Und mit dem Einfluss allein wird sich und kommt sich die Arbeiterschaft dauernd nicht zufrieden geben. Sie hat die historische Aufgabe, an die Stelle der heutigen anarchistischen eine vernünftige Wirtschaftsordnung zu setzen. Mit der Erfüllung der Gewerkschaften rückt diese Zeit, wenn auch langsam, so doch näher, und neue Anforderungen treten vor allem an die Gewerkschaftsfunktionen heran. Der Zukunftsrat, der Untergilde in der Gewerkschaftsbewegung war in der Kriegszeit vor allem Agitationsbeamter. Durch die Revolution brachten große Massen der Arbeiterschaft zu den freien Gewerkschaften. Durch den Kriegstand, in der sich die Arbeiterschaft befindet, durch die rückhaltende Steigerung der Lebensmittelpreise durch das Säumen der Kaufkraft der Werk wurden die Gewerkschaften die reine Sozialbewegung und der Funktionär der Leiter dieser. Als solcher muß er die Organisation durch die Alters- und Schwankungen wirtschaftlicher Krise und Konjunktur hindurchführen. Kenntnis der wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge, die weit über den Rahmen seiner bisherigen Tätigkeit hinausgehen, ist dazu erforderlich. Und nicht in dem Tempo, wie die Entwicklung forschreitet, ist es dem gewöhnlich möglich, seine Kenntnisse durch Selbststudium auf diesen Gebieten zu erweitern. Gerade in der Zeit, in der dies am notwendigsten ist, fehlt die Zeit dazu. Was lag nun näher im Hinblick auf die neuen Anforderungen, als Bildungsanstalten zu schaffen, die die Vor der Zeit geistiglich verloren. So entstanden zunächst die Volkshochschulen und von den Gewerkschaften gebildet die Betriebsseminare. Und als neuer Geistiger Freiheit in der Arbeiterschaft die Arbeitersakademie. Auch diese ist ein Werk der Arbeiterschaft selbst.

Auf Lehrgang und Vorträge haben die Teilnehmer direkten Einfluß. Neben anderen wissenschaftlichen Gebieten sind Arbeiterschaft und Volkswirtschaft die wichtigsten für die Teilnehmer und werden diese auch am ausführlichsten behandelt. Bei der Lehrermittelung des Stoffes kann es sich nicht darum handeln, die Teilnehmer mit theoretischen Formeln und Fachterminiologien volkstopfen. Wissenschaft treiben heißt nichts anderes, als die treibenden Kräfte in der Natur, der Gesellschaft und der Wirtschaft zu erkennen und auf Grund dieser Erkenntnis die notwendigen Folgerungen zu ziehen. Darum kein Auswendiglernen oder ein bloßes „Durstet“. Schärfer, folgerichtig Denken, das ihn in den Stand setzt, bei den verschiedenen Situationen zur rechten Zeit die rechte Entscheidung zu treffen. Durch ein bloßes Auswendiglernen würde die Individualität, die natürliche Veranlagung im Menschen, selbst vergewaltigt. Die Eigenart, das Besondere im Men-

*) Siehe Stülich: Gehen mit einer Hochkonjunktur entgegen? Eine Untersuchung über die Geschäftslage nach dem Kriege. Industriebeamtenverlag, Berlin 1916. (Vergessen.)

schen ist das wahrhaft Schöpferische im Menschen selbst, und diese soll er durch wissenschaftliches Denken zu einem möglichst hohen geistigen und moralischen Grade zu bringen ver suchen. Dem Griechen nach unzureichende Wirkung sind Grenzen gesetzt durch das Umfang der menschlichen Spezies. Gelingt es dem einzelnen keine endgültige Süßigkeit zu steigern bis an die Grenze des Möglichen, dann hat er seine Pflicht als Mensch und vor allem seine Pflicht gegenüber der Menschheitsregung, dieser Pflicht nicht erfüllt.

Mit Ende des Krieges kann das erste Sammelfest beendet und die Einwohner kehren ihr bürgerliches Leben an ihren Angehörigen zurück, um mit Beginn des zweiten Sammelfestes erneut den Kampf zur Durchdringung wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Probleme zu führen. Max Küseler.

Wirtschaftspolitische Rundschau

Die Löhne im Ausland. — Die späte Ernte.

Von der deutschen Industrie ist vor einiger Zeit, als wir noch einen etwas besseren Standpunkt hatten, dieß noch behauptet worden, daß ihre Konkurrenzfähigkeit sehr stark bedroht wurde und die Ausfuhr für den Außenhandel immer ungünstiger werden.

Wie immer in solchen Fällen spielt das Verhältnis eine Rolle, durch eine Herabsetzung der Arbeitslöhne die Konkurrenzfähigkeit zu heben. Angesehen davon, daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gegenwärtig mehr unter politischen Maßnahmen des Auslands zu leidet hat als unter Volksabgaben und hohen Zöllen, ist es innerhalb unseres einziger die Löhne des Auslands zu erfähren. Der amerikanischen Republikanertheorie ist das Ergebnis einer Untersuchung über die Löhne in den Hauptstädten einiger Hauptländer dieser Vereinigung verbreitet worden. Die Zusammenstellung ergibt den nachfolgenden Vergleich:

	Dollars	Mark	Deutsche
Nordamerika	20,66	29,33	33,98
England	12,39	15,68	17,70
Belgien	12,29	9,54	9,62
Frankreich	9,12	12,0	—
Italien	5,14	—	—
Japan	4,56	—	6,0
Deutschland	4,35	4,74	4,35

Die Löhne lassen einen weiten Abstand Deutschlands gegenüber Amerika und auch England, ja selbst Belgien erreichen. Bei diesen großen Differenzen ist aber ferner zu beachten, daß der Preis für Lebensmittel in Amerika nahezu wieder auf den Kriegsstand angekommen ist während bei uns noch eine 1½ bis 2-fache Preiserhöhung besteht. Dass es unter solchen Umständen ausgeschlossen sein muß, die deutschen Löhne zu erniedrigen, haben leider nähere Begründung. Im Gegenteil, wir stehen vor einer sehr starken Bewegung zu einer allgemeinen Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Nicht nur die Steuerpolitik, die uns die Preise in die Höhe treiben will, auch die Gesamtwirkung unserer Lebensmittelversorgung läßt leider in den kommenden Monaten eine starke Preiserhöhung befürchten. Wir hören bereits die Slogans der Komitee über eine späte Ernte. Eine solche Ernte bedeutet für Deutschland vermehrte Einführung und bei der fortgesetzten zunehmenden Entwicklung der Weltmarkte erhöhte Preise für alle aus dem Ausland hereingeholten Produkte. Unsere Brüder im Ausland sind wohl mit einer solchen Erhöhung auszuhalten haben, die alle Vermögen noch einen für die Staatsförderung sehr übler Verlauf nehmen wird. Deshalb der ungünstige Witterungsverhältnisse wird von der Komitee die Ertrag der Brüder im Ausland sehr gering veranschlagt. Wir hören fortgelegt die Anforderungen, daß die Staatsförderung, die mit einer geringen Teil des Getreides gefordert wird, weiter gemindert werden möge. Die ungünstige Ernte ist hiermit nicht vorher, sondern steht doch Verlangen einer möglichst großen Teilnahme des Brüderkreises unter die enorm hohe Preiserhöhung und die Auslandsgedächtnisse zu entgegen. Die Anforderung der Regierung für die Zwangsaufleistung geht im wesentlichen darauf hinaus, daß ein Drittel einer sehr mäßigen Ernte für die Zwangsaufleistung zu beanspruchen. Sie läßt die kleineren Besitzer überhaupt vor der Zusage frei. Der angeforderte Ertrag ist sicherlich auch in den ungünstigsten Fällen bei einem guten Willen eingehalten. Aber es steht ja, daß für Auslandsgedächtnisse gegenwärtig ein Preis von ungefähr 5000 M. dieonne in Betracht kommt, während die Regierung für das am wenigste abzuleistende Getreide 2500 M. bezahlt. Das ist also ein Preis, der 600 bis 800 M. über dem Normalpreise steht, aber die Differenz, die sich nunmehr nach dem 12. August für das frei in den Handel kommende Getreide ergibt, ist so enorm groß, daß mit einem entschiedenen Widerstand der Landwirtheit zu rechnen ist. Getreide zu dem angegebenen niedrigeren Preis abzuliefern.

Wichtig ist die Regierung in ihrer Verordnung gewisse Bindungen an die Erfüllung der Auflösung zu erinnern, aber der Herr Komitee, der leider alle Wünsche der Landwirtheit in weitgehendem Maße erfüllt hat, sich dazu entschließen kann, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die widerstreitende Landwirtheit vorgezugehen, erhebt noch den bisherigen Erfahrungen nach. Wir werden alle am besten noch einen Preis von 300 M. zulassen, wie ihn das Auslandsgedächtnis erreicht zu verzeichnen haben, und bei diesem Preis werden wir eine ja mögliche Aufzehrung der Brüderkreise, kaum mit zu freiem Brot die kommt, zu verhindern gehoben. Das ist sehr viele, da sie die soziale Wirkung schwächen, eine große Entzuldigung erzielen werden. Wir können uns für das fest in den Händen kommende Brot auf einen Preis von 15 bis 20 M. gefaßt machen. Wenn es uns daneben gelingt, das Brot, das auf Brot ausgetauscht wird, noch mit 7 bis 8 M. zu erhalten, so werden wir damit sehr zu zwecken sein können. Die Nachbereitung wird aber noch einige Millionen zuladen müssen, um überzeugt diesen Brötzeit zu halten.

Keiner steht es nach den objektiven Verhältnissen in Bezug auf den Getreidepreis in Güternmittel aus. Hier werden wir leider mit einem erheblichen Brüderkreis abstimmen, und die Nachbereitung der Landwirtheit kommt sehr ins Gedränge. Da jetzt unter dem Brot an Güternmittel bereits eine

verhältnismäßig starke Abschaltung von Brot eintritt, haben wir für den Winter und das Frühjahr nächsten Jahres sicher mit erheblich erhöhten Fleischpreisen zu rechnen, ganz abgesehen von der schlechten Versorgung mit Milch und Milchprodukten.

Das gleiche ungünstige Ergebnis ist leider von der Kartoffelkrise zu erwarten. Wie sind die Angaben aus der Sonderausgabe nicht überzählig. Die anhaltende Dürre würde wieder einen Ertrag der Kartoffeln sehr ungünstig gestalten und darauf gelangen wir in eine Kartoffelnot, die unter der freien Wirtschaft den Konsum schwer belasten wird. Wir haben im vorjährigen Jahr unter der freien Wirtschaft, wie erforscht werden muß, bei relativ hohen Preisen doch eine leidliche Versorgung zu vergeichnen gehabt, die erst am Ende des Wirtschaftsjahrs etwas ins Schwanken kam. Allerdings wurde diese Versorgung, wie sie jetzt bekannt gegebenen Außenhandelsstatistik ergibt, unter einer erheblichen Endjahr von Kartoffeln aus dem Ausland hochgehalten. Wir haben im Jahre 7,2 Millionen Doppelzentner an Kartoffeln vom Auslande eingeführt, welche Mengen noch für dieses Frühjahr hinzukommen, wonach wir erst eine Gesamtübersicht über die Hilfe aus dem Auslande hätten, ist noch nicht bekannt. Es ist aber anzunehmen, daß auch hier noch eine große Zufuhrmenge in Ansatz zu bringen ist. Ein Vergleich mit der Einfuhr vor dem Kriege (1913 3,8 Millionen Doppelzentner) zeigt, daß vor selbst in der Kartoffelversorgung noch nicht auf der Höhe der Produktion sind, denn bei der Einschränkung des Brennereigebes mitsieht es uns möglich sein, den Bedarf der Bevölkerung an Speisefaktorien aus der eigenen Ernte zu decken.

Aus dem Dollarlande.

II.

Indem so also die amerikanischen Arbeiter zum Gegenangriff ausgetreten, versäumen auch die Kapitalisten keine Zeit, Rücken an die amerikanischen Unternehmensverbände durch Beherrschung des gesamten wirtschaftlichen und politischen Apparates die politisch linksstrebenden Organisationen, die "Roten", erfolgreich unterdrückt haben, gehen sie zum Angriff auf den amerikanischen Gewerkschaftsbund (American Federation of Labour) über — trotz seines und seines Vorsitzenden Samuel Gompers antifaschistischen Charakters. Der amerikanische Gewerkschaftsbund wird in gewöltigen Kräften angegriffen, nach besonderen Klasseprivilegien und der Diktatur der Arbeiterschaft zu streben, die Staatsgesetze, die Konstitution, das Heiligtum der Amerikaner annullieren und sich selbst jeder Verpflichtung gegen die Bürger und die bestehenden Gesetze entziehen zu wollen. Dass Samuel Gompers in Wort und Tat immer das Gegen teil befunden hat, ist zwar weltbekannt, aber das stört die Eisenbahngesellschaften, den Stahlverband und den Manufakturistenverband nicht im geringsten. Dass er Protest gegen die „junctions“, porträts, Aktionsverbote der Gerichte bei schwierigen Verfahren, zu erheben gewagt hat, rufen die Unternehmensverbände zu dem Vorwurf, daß er die Konstitution zu einem Feigen Papier machen wolle. Als Neuestes hat der Manufakturistenverband verschiedenste Unternehmen, die ein Hauptziel der Reaktion sind, angeboten, „50 000 Dollar Advoaten“ mit seinem Assistenten zu senden, der den Studenten helfen soll, die Diskussion über den „open shop“, den „offenen Betrieb“ zu leiten und Argumente gegen die Arbeiterbewegung zu finden. Verschleißberband, der nach eigener Angabe 200000 Beschäftigten und über ein investiertes Kapital von 15 Milliarden Dollars verfügen, kommt jetzt bei seinen Angehörigen Geister, um Agenten zu besetzen, die vor jeder bürgerlichen und religiösen Organisation die Sache der Unternehmer gegen die Arbeiterschaft propagieren sollen. Der Gewerkschaftsbund sucht dieser glänzend finanzierten, groß angelegten Kampagne durch Massenveranstaltungen und Herausgabe eigener Flugblätter zu begegnen.

Unter dem Namen „Unternehmer-Versicherungsgesellschaft auf Gegenleistung“ wurde in Boston soeben eine Firma gegründet, deren Ziel die Versicherung des Unternehmers gegen Streikfalle ist. Die neue Gesellschaft hat einen Vermögen 2 Millionen Dollar beträgt und die mit den von bestehenden großen Versicherungsgesellschaften eine Interessengemeinschaft hat, gab bereits in 25 Staaten der Union für 27 verschiedene Industriezweige Policien aus. Der Präsident der Firma beträgt für je 100 Dollar des eingetragenen Vermögens und des Profites einer Firma 1,25 Dollar, wogegen sich die Versicherungsgesellschaft zur Zahlung einer täglichen Streikunterstützung auf die ganze Dauer des Streiks oder für so lange, bis 80 Proz. der Produktion erreicht und verpflichtet.

Die verdeckte Versicherung von 50 großen Firmen des Druckgewerbes, der Metall- und Textilindustrie in New York gab Anlaß zu einem interessanten Rechtsfall, da die Gesetze des Staates New York Streikversicherung nicht zulassen. Von den Unternehmern wird nun mit allen Mitteln versucht, die Gesetzesmacht in dem ihnen günstigen Sinne zu beeinflussen.

Während des Krieges gelang es den amerikanischen Gewerkschaften, eine ganze Reihe von Konzessionen und Privilegien zu erhalten. Neben diesen schien das Anwachsen der Löhne lediglich eine Folge der Inflation der Zahlungsmittel, welche die gesamte Weltwirtschaft während des Krieges kennzeichnete. Diese erungenen Fortschritte konnten auch noch einige Zeit nach Beendigung des Krieges aufrechterhalten werden — gerade so lange, als die wirtschaftliche Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten anhielt. Die gegenwärtige Depression hat bereits größere Ausschläge erreicht als die Krisen von 1907 und 1914. Hunderttausende sind arbeitslos. Arbeitslosigkeit an und für sich stellt ein außerordentlich schwieriges Problem dar, doch diesmal ist sie begleitet von einer außerordentlich gut organisierten Kampagne des Unternehmers gegen die Gewerkschaften.

Der Kampf des Unternehmers geht um den „open shop“, morunter ein Betrieb zu verstehen ist, in dem Arbeiter nur nach Individualverträgen beschäftigt sind. Gegen Befehl der „closed shop“, unabh. nach einer Vereinbarung zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter. Dieser Kampf des Unternehmers wird mit einigen Phrasen verbrannt, so, daß jedem Manne, ganz gleich, ob er einer Gewerkschaft angehört oder nicht, das Recht auf Arbeit zustehe,

und damit auch das patriotische Mäntelchen nicht fehle — wird er „American plan“ genannt, und mit diesem Appell an den Patriotismus hat das Unternehmertum innerhalb des uralten Bürgertums natürlich Bundesgenossen gewonnen.

Während der Hochzeit der industriellen Hochkonjunktur, wie sie noch zwei Jahre nach Waffenstillstand anhielt, war es dem Unternehmertum nicht möglich, gegen die Arbeiterschaft zu machen, da die Arbeitslosigkeit auf ein Minimum reduziert war, die Industrie zu tute hatte und die Einwanderung kaum zu einem Stillstand gekommen war. Jetzt hat die Depression das ganze Land ergreift und die Einwanderung stieg in den letzten Monaten des vergangenen Jahres in steiler Kurve an. Kein Wunder also, wenn viele Arbeiter in den Neuimmigranten unliebsame Konkurrenten erblicken und ihren ganzen Einfluß zur Unterbindung der Einwanderung geltend machen. Warme Befürwortung fand das soeben erlassene Einwanderungsgesetz bei Samuel Gompers, dem Vorsitzenden des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes (American Federation of Labour), und anderen Gewerkschaftsführern, wobei außer der Besorgnis um die Arbeiterschaft auch die Furcht vor dem Zustrom radikaler Elemente die Stellungnahme bestimmt haben wird.

Im Saarstaat.

Wie Kapital, Regierungskommission und die Polizeidirektion des Saargebiets im trauten Verein arbeiten zur Unterdrückung der Organisationen und zur Niederschlagung der Lohnbewegungen, davon zeugt nachfolgendes Dokument. Es sei bemerkt, daß die Arbeiter bzw. Organisationen der verschiedenen Berufe Lohnforderungen gestellt haben und auf Grund der Forderungen ausgepeilt sind.

„Sehr wichtig!“

Arbeitgeberverband für das Berggewerbe im Saargebiet. Saarbrücken, 25. Juli 1921.

Zur Streiklage ist das Folgende zu bemerken:
1. Der Zusammenschluß erfolgte am 25. Juli 1921, bezicht sich selbstverständlich auf alle Bergbaubetriebe, es sind also sämtliche Bergarbeiter umgehend mit ausgespielt. Wir ersuchen unsere Herren Vertrauliche Leute, darüber zu machen.

2. Durch Verhandlungen mit dem Polizeipräsidium des Saargebiets ist erreicht, daß Pässe nach Frankreich an streikende Arbeiter seit 21. Juli nicht mehr ausgestellt werden. Wir ersuchen alle Mitglieder dringend uns die Namen, Geburtsorte, Geburtsdatum usw. von Arbeitern umgehend mitzutunen, von denen sicher feststeht, daß sie zur Zeit des Streikausbruchs oder kurz vorher nach Frankreich ausgewandert sind. Für deren Rückkehr werden wir uns bemühen.

3. Die eingehenden Verhandlungen seit 19. 7. haben mir uns der sozialistischen Unterstützung der französischen Gewerkschaften, der Grubenverwaltung, der Eisenbahn, der Regierungskommission des Arbeitgeberverbandes der Saarmühle, der baumaterialzeugenden Industrie, wie der rheinisch-lothringischen Stahlwerke, der Halberger, Lillinger, Burbacher, Wöllinger Hütte, der Kalkwerke usw. sowie des Verbundes der Baumaterialienhändler des Saargebiets verschafft. Letzterer Verband hat gegen gewisse zukünftige Reglementierungen unseres Wirtschaftsbundes seine Mitglieder schriftlich bindend verpflichtet, ab 24. Juli keinerlei Material an sämtliche Bauunternehmer, Arbeiter- und Gewerbeorganisationen der Arbeit außer auf Bescheinigung unseres Bundes hin abzugeben.

4. Nach den Meldungen unserer Vertreteren ist dem Zusammenschluß durchweg nachgekommen worden. Unbedeutende Durchbrechungen werden in den nächsten Tagen durch die volle Wirkung der Materialsperrre und die Baustellenkontrolle erledigt werden. Im Saarbrücken weigern sich die Baugeschäfte Gebr. Keller und Karl Möldert, Zusammensetzung des Zusammenschlusses nachzukommen. Sie versuchen im engen Anschluß an die Bauarbeiterverbände andere Kollegen ebenfalls zum Beraat an unserer Sache zu bewegen. Wir machen darauf aufmerksam, daß wir diesen und jeden anderen verrückten Versuch der Durchbrechung unseres Arbeitgeberverbandes mit allen uns zweckmäßig erreichenden Mitteln bekämpfen werden. Wer jetzt den tüchtigsten Verband in den Rücken fällt, wird dafür die Konsequenzen auf die Zukunft zu tragen haben. Es wird als schlimmster Feind für alle Zukunft vom Verbands- und dem gesamten Arbeitgeberum des Saargebiets angesehen werden müssen.

5. Seit 25. Juli sind auch die Arbeiter der Stempfner, Infektions-, Elektrokonsultations- und des Zentralheizungsvermögens in den Streik getreten. An alle Mitglieder ergibt die Wohnung, keine Streikenden dieser Gewerbe einzustellen und auf die Fertigstellung solcher Arbeiten keinerlei Druck auszuüben.

6. Im Bauergewerbe haben die Ortsgruppen St. Ingbert, Rohrbach, Reindlichen, Wöllingen, Schiffweiler, Lillingen, Oppelnborn die bestreiten Saarbrücken durch völlige Ausperrung energisch in der dankenswertesten Weise unterstützt. In dieser Woche werden auch die Ortschaften des Sulzbachtals sich anschließen.

Wir kämpfen nicht um den Kampf selbst, sondern um die Erhaltung unseres wertvollen Teiles unserer Unternehmensständigkeit, um die Mitbestimmung bei der Lohnhöhe. Der „Deutsche Bauarbeiterverband“ hat in seiner in der „Volkstimme“ herausgegebenen Streikparole unsere Verhandlungsbereitschaft vor dem Streiktag ausdrücklich in Sicherheit zu stellen versucht und möglicherweise deshalb unseres Ernst lernen.

Mit kollegialer Hochachtung!

Der Vorstand. I. A. ged. Dr. Werber.

Aus diesem Schriftstück ist ersichtlich, daß die Arbeitgeber kein Mittel und sei es moralisch auch noch so verwerflich, unverzüglich lassen, die Arbeiterschaft niederzutreten; sie lassen sogar Verurteilungen gegen diejenigen ihrer eigenen Klassenangehörigen ergehen, welche die Not der Zeit erkennend, den Arbeitern eine Lohnherabsetzung zu bewilligen bereit sind. Der King, der das Schulhalbjahr an der Seite bildet, mittels welcher die Arbeiterschaft gefesselt und wehrlos dem Kapitalismus ausgeliefert werden soll, wird durch das Einbezogen der Regierungskommission und der Polizei-

direktion gebildet. Die Fäden spinnen sich hinüber nach Frankreich, wo ebenfalls die Behörden mobilisiert werden. Sie sollen durch Ausweisungen und Rücktransporte von Arbeitern das Elend im Saargebiet erhöhen helfen und so dazu beitragen, daß der Sacrapitalismus entweder den Widerstand der Arbeiter gegen die profitierende Ausbeutermacht besser brechen oder genügend Ausreisefreiheit erhalten kann, um über den Streit zu spotten. Wir gestehen, das Ehimischen der Regierungskommission in die wirtschaftlichen Ränke übersteigt in dieser Form alle die Grenzen, welche für sie als reine Verwaltungsbehörde gezogen sind. Sie gehen sogar über das hinaus, was man den Arbeitern in vornovemberlicher Zeit zu bieten und anzutun wagte. Glaubt die Regierungskommission etwa, wenn sie zum Bittel der Kapitalisten sich hergibt, werde ihr Ansehen gesteigert??

Es muß öffentlich schärfster Protest dagegen erhoben werden, daß die Regierungskommission bzw. Polizeidirektion durch Bahnhofslane u. a. keine Lohnbewegungen der Arbeiter, die durchaus in geordneten Bahnen sich vollziehen, niederzuknüppeln sich bereitfinden läßt. Über liegen dahinter etwa andere Blöcke verborgen? Will man die Arbeiterräte und dazu verleiten, daß sie sich zu unüberlegten Handlungen hinreissen lassen, damit man eine Handhabe erhält für eine "Säuberungsaktion"? Der Plan gelingt nicht — das mag die Regierungskommission schon heute sich gesagt sein lassen! Arbeiter, die Augen auf, damit ihr seht, was gespielt wird!

Material für Betriebsräte

Einstellung „vorübergehend“ Beschäftigter.

Bei der jüngsten Wirtschaftskrise und der dadurch bedingten Arbeitslosigkeit schreibt Cl. Körpel, ist die Verordnung vom 12. Februar 1920 („Reichsgesetzblatt“ S. 213) von besonderer Bedeutung, da es bei straffer Durchführung derselben bis zu einem bestimmten Grade möglich ist, die Arbeitskollegen gegen vollständige Arbeitslosigkeit zu schützen, da nach § 12 Entlassungen erst vorgenommen werden dürfen, wenn die Wochenarbeitszeit im Betriebe bis auf 24 Stunden herabgesetzt wurde und auch, wenn dies geschehen, die Bestimmungen des § 13 zu beachten sind. Jedoch enthält diese Verordnung einen Pfeilsatz in dem dritten Absatz des § 12, welcher lautet:

„Die Vorschrift des Absatz 1 Satz 1 findet keine Anwendung bei Entlassungen von Arbeitnehmern, die nur zur vorübergehenden Lushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen sind.“

Die Unternehmer, denen ebenso wie die Durchführung sämtlicher sozialer Schutzbestimmungen im allgemeinen, so auch besonders die Durchführung der Verordnung vom 12. Februar 1920, ungemein und lästig ist, versuchen nun mit Hilfe der vorangeführten Bestimmung des § 12 Abs. 3 nach Möglichkeit um die Verordnung vom 12. Februar 1920 überhaupt herumzufommen. Es wird in leichter Zeit vielfach versucht, bei Neuinstellung von Arbeitnehmern Abmachungen zu treffen, daß die Einstellung auf eine bestimmte Zeitspanne erfolgt und nach Ablauf dieser Frist ohne weitere und ohne besondere Kündigung die Tätigkeit der betreffenden Arbeitnehmer im Betriebe endet. Derartige Abmachungen stehen jedoch der Verordnung vom 12. Februar 1920 durchaus entgegen. Es handelt sich nun mehr für uns darum, die Absichten der Unternehmer zu durchkreuzen und denselben die Umgehung der Verordnung vom 12. Februar 1920 unmöglich zu machen.

„Vorübergehende Beschäftigung“ kann z. B. nur seitens, wenn im Falle der Erkrankung oder der Beurlaubung eines oder mehrerer ständiger Arbeitnehmer des Betriebes, eine gleiche Anzahl Arbeitnehmer für die Dauer des Fehlens der erkrankten oder beurlaubten Arbeitnehmer eingestellt werden. Dann wird, wenn die ständigen Arbeitnehmer in den Betrieb wieder zurückkehren, die vorübergehende Beschäftigung der für sie als Ersatz eingestellten Arbeitnehmer tatsächlich zu Ende sein. Erkranken jedoch inzwischen weitere Arbeitnehmer oder werden weitere beurlaubt und die zuletzt als Ersatz eingestellten treten nunmehr auch an deren Stelle, dann kann von vorübergehender Beschäftigung nicht mehr die Rede sein. Es handelt sich dann vielmehr bereits um eine ständige Beschäftigung zur normalen Aufrechterhaltung des Betriebes.

Weiter kann man als „vorübergehende Beschäftigung“ betrachten, wenn die Bewältigung eines Auftrages in Frage kommt, dessen Umfang und Größe über den normalen Auftragsbestand und die normale Leistungsfähigkeit des Betriebes hinausgeht. Auf Grund des § 71 BGB hat sich jedoch in solchen Fällen in Betrieben, auf welche das BGB Anwendung findet, der Betriebsrat oder Obmann davon zu überzeugen, ob ein die normale Leistungsfähigkeit vortrefflich übersteigende Beschäftigungsgrad vorliegt. Die tatsächlich zu solchem Zweck eingestellten Arbeitnehmer könnten ebenfalls als vorübergehend beschäftigt betrachtet werden. Wenn jedoch während der Erfüllung des besonderten Auftrages die Errichtungen des Betriebes derart verbessert werden, daß der Betrieb in der Lage ist, in diesem Umfang dauernd weiterzuarbeiten, und wenn noch Erfüllung des besonderen Auftrages die zu diesem bestimmten Zweck eingestellten noch zu weiteren Arbeiten des normalen Geschäftsganges herangezogen werden, dann kann von einer vorübergehenden Beschäftigung oder Beschäftigung zu einem bestimmten Zweck nicht mehr die Rede sein, sondern es handelt sich um ständige Arbeitnehmer.

In allen übrigen Fällen, wo die vorangegangenen beiden besonderen Merkmale nicht vorliegen, deren Vorhandensein außerdem noch gegebenenfalls von der Betriebsvertretung ausdrücklich festzustellen wäre, ist unter allen Umständen auf die strikte Durchführung der §§ 12 und 13 der Verordnung vom 12. Februar 1920 zu dringen, auch wenn der Unternehmer zeitlich begrenzte Abmachungen getroffen hat und gegen jedes vorgenommene Entlassung ist auf Grund des § 14 derselben Verordnung innerhalb 3 Wochen, von der Kündigung ab gerechnet, bei dem zuständigen Schlichtungsausschuss Einspruch zu erheben.

Die Angelegenheit hat in der letzten Zeit die Presse wiederholt beschäftigt. So ist der Schlichtungsausschuss Neumünster in seiner Sitzung am 19. April 1921 zu folgender Auslegung der Begriffe „vorübergehende Lushilfe“

bzw. „Einstellung für einen vorübergehenden Zweck“ gekommen:

„Vorübergehende Lushilfe“ liegt nur dann vor, wenn ein Arbeitnehmer aus dem Normalbestand vorübergehend an der Ausübung seiner Arbeiten behindert ist und ein anderer als Erzähler eingestellt wird. Wird ein Arbeitnehmer als Erzähler für alle laufenden vor kommenden Erkrankungen eingestellt, so fällt dies nicht unter den Begriff „vorübergehende Lushilfe“.

„Einstellung für einen vorübergehenden Zweck“ liegt nur dann vor, wenn eine die Normalbeschäftigung der Betriebsanlage übersteigende Arbeit benötigt werden soll. Die Festlegung des Normalbeschäftigungsgrades eines Betriebes erfolgt um zweckentsprechendsten durch eine Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber und dem Betriebsrat. Wenn zu einem vorübergehenden Zweck besondere Einstellungen vorgenommen werden sollen, empfiehlt es sich hierüber kirchliche Abmachungen zu treffen und dieselben den beiden Parteien sowie dem Betriebsrat unterschreiben zu lassen.

In der „Deutschen Bergarbeiterzeitung“ vom 12. Juli 1921 befindet sich ebenfalls ein auf diese Angelegenheit bezugnehmender Aufsatz, welcher die vorangeführten beiden Begriffe wie folgt festlegt:

„Zusammenfassend kann gesagt werden, ein Lushilfsverhältnis liegt dann vor, wenn die Einstellung und eventuelle Weiterbeschäftigung unter dem für den Arbeitnehmer klar erkennbaren Hinweis auf die nur vorübergehende Verwendung erfolgt ist; wenn ferner die Zeitspanne unter Berücksichtigung der besonderen Begleitumstände nicht entgegen dem Sinne des § 12 Abs. 3 der Demobilisierungsverordnung vom 12. Februar 1920 und entgegen Treu und Glauben zu weit begrenzt wird und wenn die Art der Beschäftigung einwandfrei eine außerhalb der Normalität liegende, nicht ständige Arbeitsleistung darstellt.“

Durch diese beiden Gutachten wird das, was wir eingangs ausgeführt haben, gefügt, so daß es möglich sein muß, die Absichten der Unternehmer, Einstellungen auf bestimmte Zeit zur Auszahlung der Verordnung vom 12. Februar 1920 vorzunehmen, nicht zur Auswirkung kommen zu lassen.

Bewegungen im Berufe.

Brennereien, Getreiefabriken, Weinbetriebe, Destillationen.

↑ Kolberg. Der Streit bei der Getr.- und Spiritfabrik Hindenberg in Kolberg dauert fort. Nach der Reichsstatistik ist Kolberg die zweitgrößte Stadt Pommerns und die Löhne stehen erst an vierter Stelle. Die Herren Arbeitgeber sowie auch der Schlichtungsausschuss nehmen einen ganz eigenartigen Standpunkt ein, indem sie ganz frei bei der Bezahlung erklären, wenn nicht die ganze Arbeiterschaft Kolbergs den hier gesonderten Lohnverlangen, dürfen auch die 24 Belegschaften bei Hindenberg nicht diesen fordern. Herr Dr. Giese, als Vorsitzender hält es auch nicht für nötig, die Schlichtungsordnung bestimmen zu respektieren, indem er niemals den unständigen Beifahrer aus dem Beruf, der hier in Frage kommt, heranzieht, trocken ihn die Organisationsleitung darauf hingewiesen hat. Auch ist der Herr Dr. G. nach unserer Auffassung kein unparteiischer Vorsitzender, denn bisher hat er nach Feststellung der Arbeitnehmerbeispiel bei 50 Entscheidungen erst dreimal bis viermal für die Arbeitnehmer gestimmt; in allen anderen Fällen immer glott mit den Unternehmern. Auch versucht er gar nicht, die Arbeitgeber von der Notwendigkeit einer kleinen Zulage zu überzeugen. Die Aufgaben eines Vorsitzenden sind doch anders gedacht, in der Schlichtungsordnung, und solche Leute, die diese Bestimmungen nicht im geringsten versuchen zur Durchführung zu bringen, gehören nicht an solchen Platz, denn sie dienen nicht dem Wirtschaftsleben, sondern sie hindern dem Fortkommen der Geschäftswelt. Es wäre doch wirklich an der Zeit, daß gerade jetzt, wo die Leuerung wieder herbeisehrt und die Folge ist, Lohnforderungen auf der ganzen Linie, daß sie der Demobilisierungskommissar oder das Reichsarbeitsministerium solche Männer als unparteiische Vorsitzende bestellt, die es verstehen, die streitenden Parteien zusammenzuführen und jeder Kampf vermieden werden kann, um das ganze Wirtschaftsleben vor groben Erschütterungen zu bewahren. Kein Mensch wird doch sagen wollen, daß eine Lohnforderung, wie sie hier gestellt ist, Woche 280 Mk. ungerecht ist, denn die Reichsstatistik sagt, daß eine vierköpfige Familie in Kolberg den Monat 1011 Mark gebraucht. Verdienen tut die Arbeitnehmer bei Hindenberg den Monat nur 680 Mk., wo die Leute den fehlenden Betrag von 331 Mk. hervornehmen sollen, danach fragt Herr Dr. G. nicht und auch die Arbeitgeber nicht.

Wir werden, solange Herr Dr. G. dort sitzt, den Schlichtungsausschuss nicht mehr belästigen, sondern werden zu dem alten gewerkschaftlichen System greifen, indem wir den Kampf bei Richtkündigung von Lohnforderungen mit dem Unternehmen so lange führen, bis die zur Beendigung der Arbeiterschaft fürende Lohnzulage bestätigt ist, denn jeder vernünftige Mensch muß sagen, daß zum Wiederaufbau des durch den Weltkrieg zerstörten Wirtschaftslebens eine volle und gut gehaltene Arbeitskraft gehört und weil hierzu unsere Herren Arbeitgeber nichts wissen wollen, ist es Aufgabe der Gewerkschaften, alle Kraft anzuwenden, um eine bessere Bezahlung der Arbeiterschaft durch die Stärke der Organisation herzurufen.

Korrespondenzen.

Bruchsal. (Ein gerichteter Denunziant.) Der Bierfahrer Mr. Stocker in Bruchsal hat einen Bierfahrer aus Karlsruhe durch das Telefon bei der Brauerei denunziert, indem er angab, der Bierfahrer habe sich mit seinem Fuhrwerk jedes Sonntag unzügigweise in Bruchsal aufgehalten. Da diese Angabe vollständig unrichtig und nur zu dem Zweck gemacht sei, konnte der Bierfahrer bei seinem Arbeitgeber ausgeschwärzt, so sich auf derselbe genötigt, seinen Herrn wegen Belästigung zu verklagen. Der übersteige Angabe wurde vom Geschäftsrat Karlsruhe zu einer Geldstrafe von 50 Mk. und zur Tragung der Kosten verurteilt. Solchen Leuten gehört ihr schwüles Handwerk gründlich gelegt.

Dass Herr Stocker auch sonst ein Feind der Organisation ist, braucht kaum besonders hervorgehoben zu werden. Seinen Arbeitern zahlt er den tariflichen Lohn auch nicht aus.

Kolibor. Nach dem letzten Streit, den die Mühlentebeiter im November v. J. führten, und der ihnen auch Erfolg brachte, schien es, als ob für immer jede Angelegenheit auf friedlichem Wege gelöst werde. Herr Schlesinger versprach nämlich, daß mit Eintritt einer Leuerung auch unsere Löhne erhöht werden. Dies blieb aber aus. Von unten Berichtsführung sind am 20. Juli die bestehenden Löhne gekündigt worden. Das kränkt allem Anschein nach den Obermüller am meisten, denn er begann sofort den Feldzug gegen die mobile Arbeiterschaft. Es vergeht kein Tag, wo nicht Herr John ins Kontor läuft, um sich über Rummelei der Leute zu beschweren. Herr John ist nämlich jener Sonderling, der sich seiner Organisation anschließt, sondern Rock und Beste ausgiebt, ein paar Säcke zu bindet und dann im Schweizereingang geht; er muß alles allein machen. Diese Tätigkeit ist mir um den 1. wahrscheinlich. Am 2. soll er sogar geahnt haben, den 2. vollhaften und rauschmeinen Kollegen. So verständlich eure Schriftleitung ist, bewahrt gemeinschaftliche Disziplin. Laßt euch nicht propozieren. Kommt in die Versammlung in derselben Woche, wie ihr zur Generalversammlung wart, und sprecht euch auf neutralem Boden aus. Bei der kommenden Lohnbewegung steht wie ein Mann, denn ihr habt in der Schule der Organisation bis heute gut gelernt. Nurum schließt die Reihen und ihr seid auch von Herrn John unbekämpft.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Auch ein Ort der Volks. Die Generalversammlung des Verbundes Schweiz. Brauereien, die am 22. Juni in Basel tagte, beschloß stillschweigend, aus dem deutschen Bokoltschutzverband auszutreten. Es wäre ungerecht, schreibt das Schweizer Brauereorgan, wollte man jetzt nachdem der Austritt als eine vollzogene Sache zu betrachten ist, von unserer Seite ebenfalls stillschweigend über die Sache hinweggehen. Der Eintritt des schweizerischen Verbandes erfolgte nach der Beendigung der Bewegung im Jahre 1906. Damals suchten sich die schweizerischen Besitzer gegen die Angriffe der Arbeiterschaft zu schützen. Hierzu bot ihnen der deutsche Bokoltschutzverband, wohl die mächtigste Organisation auf diesem Gebiete, die beste Gelegenheit. Die Verpflichtungen waren besonders in finanzieller Hinsicht sehr groß. Aber schließlich, was gibt man nicht aus, wenn es sich darum handelt, die vorwärtsdrängende Arbeiterschaft aufzuhalten. Es ist so, wie damals ein Direktor sagte: „Der Lohn spielt praktisch gar nicht die Bedeutung. Ein ungünstiger Kurs belastet die Brauereien mehr als die gesamten Lohnverhältnisse in 10 Jahren. Aber darum dreht es sich nicht, sondern darum, die Herrschaft des Kapitals hochzuhalten. Geben wir nach, so schädigen wir unsere Kollegen in der übrigen Industrie.“ Die Brauereibesitzer haben nicht nachgegeben. Der deutsche Bokoltschutzverband hat ihnen die hierzu erforderliche Hilfe angeboten lassen.

Heute liegen die Dinge anders. Der deutsche Bokoltschutzverband hat für die Schweizer keinen Wert mehr. In einem Kampf könnte bei dem Stand der Volks. der deutsche Verband keinen Nutzen leisten. Dafür hätten die Schweizer ihre guten Freunde nach Deutschland zu schicken. Der Bericht über den Austritt bemerkte deshalb nicht mit Unrecht, daß trotz der früheren liebenswürdigen Beziehungen heute kein Interesse für den Fortbestand der Mitgliedschaft vorhanden sei. Das Interesse lag diesmal auf der anderen Seite und hierfür haben definitiv die Schweizer Unternehmer noch nicht das volle Verständnis.

Der Gewerkschaftsverband hat nach Mitteilung der Allg. Brauer- und Hopfenzentrale, in Anbetracht der gewaltigen Mittel, welche bei dem wesentlich gestiegerten Garantiepreis heute zum Einsatz von Gerüte benötigt werden, eine Organisation in die Wege geleitet, um dem bayerischen Braugewerbe diese Mittel zu beschaffen. Darausfolgend wird die Form einer Genossenschaft gewählt werden. Wie wir erfahren sind namhafte Betriebe in Bayern gefestigt zum Teil auch schon geführt. Nach den bisherigen Erfahrungen ist ein zahlreicher Beitritt von Brauereien zu erwarten.

Wienkreis. (vom Herrn Max Poll, A.G. in München.) Die außerordentliche Generalversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals von 3 auf 6 Millionen Mark. Außerdem wurde die Ausgabe von 2 Millionen Mark fünfprozentige Obligationen beschlossen.

Herr Max Poll, A.G. in Stettin. Die F. & C. wurde mit einem Kapital von 65 Millionen Mark die Firma Max Poll, A.G. gegründet, als deren Gegenstand die Herstellung und der Vertrieb von Spirit. Spirituosen und anderen damit in Zusammenhang stehenden Artikeln bezeichnet wird. Gründer sind u. a. die Firm. Max Poll, A.G. und die Fried. Max Poll, A.G. in Stettin.

Aus der Gewerkschaftsbewegung. Sofort mit dem Erntekampf. Von den gewerkschaftlichen Spitzenverbänden wird der folgende Aufruf erlassen:

Es ist kollektive Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und Angestellten, die Gastwirtschaften in ihrem Kampf um eine ausreichende feste Entlohnung zu unterstützen. Das Unternehermen sucht sich teilweise keinen Pflicht zur Lohnzulage verpflichtet zu entziehen, das es dem Bedienungspersonal die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Leidgedes offenzulegen, um dadurch sein Interesse an ausreichender fester Entlohnung zu mindern. Bei diesem Verfahren, das jedem Kaufmannsarbeit widerstreift, ist insbesondere das minderbemittelte Publikum der Leidtragende. Wehet euch gegen das Trinkgeldsystem und bestet die Gastwirtschaften als Kämpfer um feste Entlohnung in unsere Reihen einzugliedern, indem ihr allerdies die Befreiung der Trinkgeldentlohnung mit erreichen heist und überall da, wo durch Zurise des Trinkgelds abgeschafft ist, jenes nicht mehr geht.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, gez. L. Großmann. Deutscher Gewerkschaftsbund, gez. Dr. Groß. Gewerkschaftsring deutscher Arbeiters. Angestellten- und Beamtenverbände, gez. Gustav Hartmann.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, gez. E. Kühnauer.

